

Marxismus und Bochumer Programm

Vorbemerkung

Dies ist der Versuch einer Erklärung, warum ich mich aus Moderation und Administration des Marxforums zurück gezogen habe, warum ich „ausgeflippt“ bin. Nachdem mir Wal Buchenberg – ich betone: zu Recht! - das Schreibrecht im Forum entzogen hat, hat er nochmals kurz seine Sicht der Dinge dargelegt. Danach erscheint mein wildes um mich schlagen mit Worten als eine Angelegenheit ohne jede sachliche Grundlage. Für meine teils völlig überzogene und manchmal auch unsachliche Polemik, die ich vor allem in intern gemailten Texten an das Team des Forums formulierte, habe ich mich entschuldigt. Die Gründe in der Sache werde ich nochmals versuchen in möglichst knapper Form, unter Vermeidung übertriebener Polemik darzulegen. Wenn ich am Schluss doch noch einige sehr polemische Formulierungen benutze, dann bediene ich mich der Worte von Wal Buchenberg, die er benutzte in seiner Beurteilung der Frankfurter „Mitleidsdemo“, also aus Anlass der Demonstration für Versammlungsfreiheit und gegen die teils brutalen Übergriffe der Polizei. In dieser Frage bin ich so anmaßend, die Interessen der Mehrheit der DemonstrationsteilnehmerInnen zu verteidigen, sozusagen in deren Namen zu sprechen. Schließlich sind das keine registrierten TeilnehmerInnen des Marxforums und die wenigsten werden es lesen. Sonst nämlich wäre im Forum ein kleiner „shitstorm“ losgebrochen. Die meisten das Bochumer Programm erläuternden und verteidigenden Texte stammen wohl aus meiner Feder. Da die Diskussion und Entwicklung des Bochumer Programms der Grund meines engagierten Einstiegs beim Marxforum war, wird der Ausstieg nochmals ein vorerst abschließender Kommentar zu diesem kleinen Programm sein.

Nichts ist „selbsterklärend“!

In der Technik wurde immer wieder der Anspruch erhoben, sich selbst erklärendes zu fabrizieren. In jüngerer Zeit ging es dabei vor allem um Benutzeroberflächen für Software, oder Bedienungsanleitungen mit einfach gehaltener Symbolik etc. Aufgrund zahlreicher Untersuchungen und Tests im Bereich Technische Dokumentation, kann als gesicherte Erkenntnis gelten, dass es im Bereich Technik nichts „selbsterklärendes“ gibt. Nichts ist vor der individuellen Interpretation sicher! Eine solche Interpretation bedeutet Aneignung, „sich selbst von etwas überzeugen“ (von wegen, jemanden überzeugen!) vor dem Hintergrund individueller Erfahrung und bereits angeeigneter kultureller Standards.

Ich gehe davon aus, dass das genau so – ja, mehr noch – für alle Texte gilt, die sich mit Gesellschaft befassen. Dazu zähle ich auch das Marxsche Kapital, das noch dazu in zahlreichen unvollendeten Manuskripten der Nachwelt hinterlassen wurde, die selbst schon der Interpretation von Engels unterzogen werden mussten, um überhaupt in eine Form gebracht werden zu können, die sich zur Veröffentlichung eignete. Die Geschichte des Marxismus zeigt und beweist, zu welcher unterschiedlicher Interpretation das „Kapital“ von Marx Anlass bot und bietet. Ein solcher Text ist weder ohne Interpretationsspielräume zu haben und zu machen, noch ist er sicher vor grob verfälschender Interpretation. Der Hinweis auf und Nachweis von grob verfälschender Interpretation ist jedoch kein Beleg dafür, dass das „Kapital“ keine Interpretationsspielräume ließe! Jeder Anspruch auf allein „wahres“ Verständnis des „Kapital“ verbietet sich also für mich von selbst.

Pariser Kommune und Kommunismus

Was für das „Kapital“ gilt, gilt mindestens ebenso für politische Streitschriften von Marx, etwa den

„Bürgerkrieg in Frankreich“, die marxsche Analyse und Bewertung der Pariser Kommune. In der sich nach dem 1. Weltkrieg entwickelnden kommunistischen Internationale galt Lenins Interpretation vor allem seiner Schrift von „Staat und Revolution“ als einzig richtige und vertretbare Interpretation. Aus meiner heutigen Sicht – auch nach Studium von Originaldokumenten der Kommune selbst, auf die sich Marx bezog – ist das ein schlechter Witz! In der Frage des Verhältnisses zum Zentralismus in der Phase des Übergangs zum Kommunismus hat Lenin Marx nach meiner Meinung grob entstellt. Dies gilt auch dann, wenn – wie manche Leute meinen nachweisen zu können – Marx später wieder zu eher zentralistischen Positionen zurück gekehrt sei. (Ich will das in dieser kurzen Einschätzung nicht im Einzelnen bewerten.) **In der Frage der Kritik zentralstaatlicher Macht vertritt Marx im „Bürgerkrieg in Frankreich“ eine eindeutige Position: Er lehnt sie - zusammen mit den Kommunarden - ab, bzw. will sie auf einige wenige Funktionen beschränken.** (Von „Was tun?“ über „Staat und Revolution“ bis hin zum „Linken Radikalismus ...“ war Lenin aus meiner Sicht Anhänger und Verfechter eines „strengsten Zentralismus“ in Partei und Gesellschaft. Erfolg und Konsequenzen dieser Theorie kann man am „Realsozialismus“ studieren ... und zwar von Anfang an. Die Marxsche „Interpretation“ der Pariser Kommune liefert einen anderen Ansatz, an den es anzuknüpfen gilt.)

Marx zufolge war die Kommune eine Revolution gegen den Staat selbst als zentralisierter politischer Macht. Obwohl sie das war, war sie wesentlich noch **eine politische Revolution**, nach Marx die endlich entdeckte „*politische Form der sozialen Emanzipation*“. Politisch und trotzdem „gegen den Staat“? Wie geht das zusammen? In der Kommune sah Marx eine Übergangsform zu einer Gesellschaft ohne Staat. **Von Kommunismus spricht Marx in seinen Entwürfen nur im Kontext der genossenschaftlichen Produktion**, von Genossenschaften nicht als einzelne Genossenschaften, sondern als Genossenschaften, die ihre Produktion nach einem **gemeinsamen Plan** organisieren.

Mit „autarken Kommunen“, im Sinne sich selbst versorgender Kommunen etc., hat das nichts zu tun! Indem, was der kapitalistische Weltmarkt an Arbeitsteilung und damit wechselseitiger Abhängigkeit und gesellschaftlichem Verkehr erzeugt, sah Marx grundsätzlich ein progressives Element, dass der sozialen Emanzipation förderlich ist! **Die Autonomie der Kommunen – die er unterstützte - galt ihm nur als Kritik an zentralstaatlicher Macht. Keineswegs wollte er damit einer sich weitgehend selbstversorgenden Kommune das Wort reden! (Auch das ist selbstverständlich nur eine Interpretation, aber ich komme darauf noch zurück.)**

Das Bochumer Programm und mögliche Interpretationen

Das Bochumer Programm verstehe ich als einen Versuch, praktische Konsequenzen aus dem Desaster des „realen Sozialismus“ - anknüpfend an der Pariser Kommune und ihrer Analyse und Bewertung durch Marx – zu ziehen ... in rigoroser Abgrenzung zu den bolschewistischen Interpretationen und ihren verheerenden praktischen Konsequenzen. Als ich im Marxforum mich erstmals in diesem Kontext zu Wort meldete, wollte ich die Lehren aus der Pariser Kommune erneut intensiv diskutieren. Dazu kam es nicht, der Bezug auf die Kommune schien zu selbstverständlich und eindeutig. Es wurde nicht einmal eine Präambel geschrieben, in der versucht worden wäre zu erklären, warum wir unseren programmatischen Ansatz so gewählt haben. Das Bochumer Programm galt als sich selbst erklärend.

Weil ich ahnte, was auf uns einprasseln würde, habe ich trotzdem meine ersten „Kurzen Erläuterungen zum Bochumer Programm“ geschrieben. **Was dann kam, war ein erster Beweis, dass diese „Eindeutigkeit“ des Bochumer Programms nichts als eine Wunschvorstellung war.** Im NAO-Prozess wurden wir richtig „abgeledert“; für unseren „Reformismus“ und

„Syndikalismus“. Keine Frage, dass ich das als ungerechtfertigt und falsch ansah. Darum habe ich Text auf Text und Argument auf Argument entwickelt, um dieser Kritik zu begegnen. Gefruchtet hat das nichts! Der Bolschewismus (in seiner trotzkistischen Form) feierte fröhliche Urstände im NAO-Prozess, in den wir unseren Programmvorschlagn eingebracht hatten!

Festzuhalten gilt aber zunächst – ganz nüchtern -, dass die Interpretationen des Bochumer Programms sehr unterschiedlich ausfallen können! (Das das Programm für die Mehrheit der Lohnabhängigen eindeutig sei, wäre allenfalls eine Behauptung, denn diese Mehrheit artikuliert weder ihre Meinung dazu, noch kennt sie das Programm überhaupt.) 11 Leute sehen den Programmvorschlagn als einen Fortschritt an und eine größere Zahl – aber eben auch sehr wenige Leute – sahen darin in den Auseinandersetzungen im NAO-Prozess eine Ausgeburt von Reformismus und Syndikalismus!

Außer bei den „Keimformen“ fand das Programm in der linken Öffentlichkeit sonst keinerlei Aufmerksamkeit.

Schon sehr früh hatte Wal Buchenberg (W. B.) dann sein Modell einer kommunalen Ökonomie in die Diskussion eingebracht, in der Hoffnung, die UnterzeichnerInnen des Bochumer Programms würden auch diesen Vorschlag mittragen und unterzeichnen. Ich tat das wegen grundsätzlicher Bedenken nicht und habe meine Bedenken dem Autor auch mitgeteilt. Ausdiskutiert wurde dass nicht.

Nachdem es um das Bochumer Programm sehr ruhig geworden war, fand sich jüngst eine neue Teilnehmerin im Forum ein, die selbst eine eigene Internetseite betreibt, auf der sie ihre über viele Jahre erarbeiteten Positionen veröffentlicht. Diese Positionen beruhen auf einer grundsätzlichen Kritik und Ablehnung der marxischen Kapitalkritik und einer ebenso eindeutigen Ablehnung des Klassenkampfes als zentraler Kraft sozialer Emanzipation. Stattdessen schlägt sie die Gründung kommunistischer Kommunen im Kapitalismus vor, deren allmähliche Ausdehnung zur Überwindung des Kapitalismus führt.

Da sie über vielfältige Kenntnisse alternativer Projekte (mein Begriff) verfügt, sollten deren Erfahrungen in die Diskussion eingebracht werden, so dachte es sich jedenfalls W.B. Die Grundsatzdifferenzen - etwa zu meinen Positionen – sollten ausgespart bleiben. Darauf konnte und wollte ich mich jedoch nicht einlassen, zumal hier dominant von der Selbstversorgung jeder einzelnen Kommune im Sinne einer „Autarkie“ gesprochen wurde. Und so brach der Streit los, umso mehr, als ein Unterzeichner des Bochumer Programms sich eindeutig ebenfalls in dieser Richtung positionierte. Als dann W.B. Auch noch sein Modell der Bochumer Kommune wieder zur Diskussion stellte, klingelten bei mir alle Alarmglocken.

Mit meinen Diskussionsbeiträgen habe ich dann versucht deutlich zu machen, dass eine Kommunalverfassung mit weitestgehend politischer Autonomie keinesfalls auf wirtschaftlicher Autarkie, weitgehender Selbstversorgung beruhen muss und kann. Die Kommunen sind vollständig eingebunden in und abhängig von der gesellschaftlich arbeitsteiligen Produktion. Es lassen sich auch keinerlei begründete Prozentangaben darüber machen, in welchem Umfang Kommunen sich selbst versorgen können. Spätestens in der Frage der notwendigen Rohstoffe für viele Produkte aus den unterschiedlichsten Metallen (Eisenmetalle und Nichteisenmetalle wie Kupfer, Zink, Zinn etc, Schwermetalle und Leichtmetalle) ist Schluss mit der Selbstversorgung und die einzelne Kommune erweist sie sich als 100% abhängig von anderen Kommunen. Da es sich dabei aber um „Basisprodukte“ für ungeheuer viele Produkte handelt, hat das weitreichende Konsequenzen, die in der Komplexität der gesellschaftlichen Arbeitsteilung „untergehen“, bzw. übersehen werden. Selbst wenn eine einzelne Kommune zu 100% irgend ein Endprodukt erzeugen könnte, so bliebe sie in dieser „Autonomie“ doch ganz, nämlich zu 100% abhängig von den „Basisprodukten“, die nur in

anderen Kommunen erzeugt werden können. Wer das übersieht, weitgehende Selbstversorgung, gar Autarkie als Ziel anvisiert, sitzt einer Illusion auf, die zu sektiererischer Praxis führen muss. Diese 100%ige Abhängigkeit von den „Basisprodukten“ gilt besonders für die Produktion von Produktionsmitteln, auch jenen, die in der Landwirtschaft eingesetzt werden. Selbst wenn es möglich und wünschenswert wäre, dass jede einzelne Kommune alle ihre Lebensmittel selbst erzeugt – was ich bezweifle – wäre die Produktion dieser Lebensmittel doch wieder nur möglich mit Produktionsmitteln, deren Material eben in erster Linie aus Metall besteht. (Ich will niemanden mit der Aufzählung von Produktionsmitteln in der Landwirtschaft langweilen.) Jede Vorstellung einer weitgehenden Selbstversorgung von Kommunen müsste zeigen, wodurch die Metalle ersetzt werden sollen, bzw. worauf wir denn alles verzichten sollen (Gebrauchsgegenstände allgemein und Produktionsmittel im besonderen).

Die 100%ige Abhängigkeit beruht auf natürlichen Gegebenheiten und macht daher die Arbeit, die Produktion, zu 100% abhängig von diesen Gegebenheiten. Die Natur produziert eben die Metalle nicht an allen Orten, sondern nur an bestimmten Orten. Die menschliche Arbeit als 2. große schöpferische Quelle für unsere materielle Reproduktion, kann sich von diesen Voraussetzungen nicht emanzipieren. Zu diesen natürlichen Voraussetzungen zählen übrigens auch die unterschiedlichen Beschaffenheiten des Bodens, die dafür sorgen, dass nicht alles überall wächst. Wenn also jede Kommune sich mit Lebensmitteln selbst versorgen soll, - ob das wohl allein schon bei der Wasserversorgung klappt, würde ich spontan anzweifeln - und die Landwirtschaft gleichzeitig „naturnah-ökologisch“ betrieben werden soll, dann würde das u.a. zu einer enormen Einschränkung der Vielfalt unserer Lebens- und Konsumtionsmittel allgemein führen. Beispiele ließen sich da ohne Ende finden, angefangen bei Gewürzen, über Baumwolle bis ...Ich erspare mir auch hier eine längere und etwas systematischere Ausführung. Die Beweislast liegt eben aus meiner Sicht zu 100% bei den „Selbstversorgern“. (Dass jemandem der Waschtrog, das Essbesteck aus Holz reicht und die Kartoffelernte per Hand nichts ausmacht, wirft ein Licht darauf, was die Menschen erwarten könnten, mehr aber auch nicht.) Sie müssen zeigen, wie sie die gesellschaftliche Arbeitsteilung überwinden wollen, wie sie also letztlich die Abhängigkeit von natürlichen Gegebenheiten aufheben wollen oder ...worauf wir alles verzichten müssen. Eine emanzipatorische Perspektive kann ich da nicht erkennen.

Sei es drum; ich war jedenfalls einigermaßen entsetzt über die Wendung im Marxforum, über die Offenheit und Sympathie für kommunale Selbstversorgungsperspektiven. Soziale Emanzipation ergibt sich für mich nur als eine Perspektive, die ihren Ausgangspunkt hat in der durch den Kapitalismus entwickelten und entfesselten industriellen Produktion, durch eine Aneignungsbewegung der Lohnabhängigen, die diese Entwicklung ihrer Kontrolle unterwirft.

„Die Kommune“ ist aus meiner Sicht ein „politisches Programm“. Sie zielt auf „lokale Selbstregierung“ auf Basis einer gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Sie zielt nicht auf deren Abschaffung und verlangt die Selbstversorgung auch nicht als Voraussetzung! „Die Kommune“ ist kein Programm lokaler Selbstbeschränkung auf der Basis von Selbstversorgung, sondern ein Programm, dass in der komplexen gesellschaftlichen Arbeitsteilung die Selbstbestimmung von ProduzentInnen ermöglicht. (Ich hatte schon in früheren Diskussionen im Forum keinen Zweifel daran gelassen, dass das Bochumer Programm keine kommunistische Utopie impliziert, sondern nur ein „revolutionäres Minimalprogramm“ ist.)

Wer die politische Autonomie von Kommunen auf wirtschaftliche Autonomie der einzelnen Kommunen gründen will, der begeht aus meiner Sicht einen schweren und weitreichenden theoretischen Fehler, der im Ernstfall verheerende praktische Auswirkungen hätte. Die politische

Autonomie der einzelnen Kommunen beruht lediglich auf der Beseitigung einer zentralen politischen Macht, die den Kommunen ihre Selbstverwaltung nimmt oder sie beschneidet. Es ist lediglich eine Autonomie und „Selbstregierung“, die sich gegen eine zentralstaatliche Macht wenden (vertikal). Die Autonomie und „Selbstregierung“ findet dort ihre Grenzen, wo sie auf wirtschaftliche Kooperation mit anderen Kommunen angewiesen ist (horizontal). Diese horizontale Kooperation/Kommunikation verlangt selbst wieder ein Minimum an Zentralisation, wobei sicher zu stellen wäre, dass diese zentralen Funktionen jeweils gebunden sind an die Entscheidungen in den einzelnen Kommunen. Wer immer also diese zentralen Funktionen wahr nimmt, wäre „weisungsgebunden“ und müsste jederzeit aus seiner Kommune abberufen werden können, wenn er sich nicht an diese Weisung hält. Usw.

Da ich mich aber auch hier standhaft weigere eine Utopie in Form eines Modells, einer Kommunalverfassung etc. zu entwerfen, die etwa konkret beschreibt, wie dann bestimmte Entscheidungsprozesse ablaufen müssten (Mehrheit-Minderheit, Konsens, Vetorecht etc.) belasse ich es bei dieser Grundsatzposition.

Auf die Planung der Produktion durch die vernetzten Genossenschaften im Rahmen einer solchen kommunalen Ordnung gehe ich hier auch nicht weiter ein. Auch dabei sollte man sich darauf beschränken, das Herauszuarbeiten, was uns an Möglichkeiten zuwächst in und durch die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise. Keine Ausmahlung einer Utopie also! Als Beispiel bringe ich eine Textpassage aus einem meiner Blogbeiträge im Marxforum:

Selbst unter eingefleischten Marxisten-Leninisten, die keine Gelegenheit auslassen, den „Realsozialismus“ zu verteidigen, der vom ersten Tag an „Sowjetmacht“ durch Parteimacht brach, machen sich heute folgende Erkenntnisse breit:

„Da zentralistische Lösungen entfallen, rücken Konzepte der Selbstorganisation ins Blickfeld.“
(Helmut Dunkhase in „Kommunismus = Sowjetmacht + Internet“)

*„Und damit lüftet sich das Geheimnis, was es denn mit der Sowjetmacht im künftigen Kommunismus auf sich habe. Es ist **die Macht der vernetzten betrieblichen und kommunalen Räte**, die erforderlich ist um diese Aufgabe mit nüchternem Verstand und heißem Herzen zu erfüllen.“* (ebenda)

Die Möglichkeiten zur Vernetzung betrieblicher und kommunaler Räte, die Möglichkeiten einer Planung als **gesellschaftlichem Kommunikationsprozess (das ist mehr als kommunale Kommunikation und verlangt eine Technik, die nicht in Autarkie der Kommunen erzeugt werden kann!)** auf der Basis von **Selbstorganisation**, erschließen sich danach mit der Entwicklung der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien.

Dunkhase stellt ferner fest, das der Kapitalismus gute Vorarbeit geleistet habe (trotz Fäulnis und Stagnation! ;-)):

*„Seine fortgeschrittensten Produktionskonzepte zeigen eine Tendenz zur Dezentralisierung und Modularisierung. Das Modul ist als **sich selbstorganisierendes Element** mit nur wenigen Schnittstellen mit dem gesamten Fertigungsprozeß verbunden. ... Das verbindende Element zwischen den **autonomen Einheiten** bildet dann ausschließlich ein umfassendes Informationssystem, mit dem alle Informationen flächendeckend verfügbar gemacht werden. Der Dialog verläuft in Form einer Anfrage, auf welche jedes andere Element spontan reagieren kann.*

...

Die Transformation von hierarchischen in Kooperationsbeziehungen kann sich im Kapitalismus jedoch nur in widersprüchlicher Form vollziehen, weil dieser sich seinem Wesen nach nur als Gewaltverhältnis, das intern als von oben nach unten durchgereichtes Diktat erlebt wird,

reproduzieren kann. ... Dennoch: unter dem Aspekt der Organisation des Arbeitsprozesses, der "Verwaltung von Sachen", ist die **Transformation in eine Kooperationsbeziehung** genauso unbestreitbar wie die des aus dem Unternehmen ausgelagerten, nun in eigener Regie arbeitenden Zuliefererbetriebes. Der Kapitalismus pervertiert auch hier, was Sozialismus sein soll. " (ebenda)

Die hier vorgestellte Skizze von Dunkhase enthält auch eine Kritik an „zentralistischer Planung“. Zentralistische Planung war und ist aus seiner Sicht kein geeignetes Mittel in und für eine kommunistische Produktionsweise. Mit unserer Betonung des „Dezentralismus“ standen und stehen wir also überhaupt nicht allein.

In den teils heftigen Polemiken, die sich um das Bochumer Programm im NAO-Prozess entwickelten, haben die UnterstützerInnen gemeinsam gegen die Betonung des Zentralismus argumentiert. Im Unterschied zu anderen habe ich aber auch keinen Zweifel daran gelassen, dass ich von der Notwendigkeit einiger weniger zentraler Funktionen überzeugt bin. Eine Diskussion darüber hat es unter den UnterstützerInnen des Bochumer Programms nie gegeben. Ich wäre gezwungen gewesen, Konkreteres über die wenigen verbleibenden zentralen Funktionen zu schreiben und andere hätten auch diese mit entsprechenden Argumenten zurückweisen müssen. Jetzt tritt diese Differenz ganz deutlich und grundsätzlich hervor. So sehe ich das jedenfalls.

Klar sage ich nochmals meine Position:

1. die zentralen Funktionen sind auf wenige, nötige zu beschränken. **Aber die Kooperation der Kommunen verlangt diese (reduzierte) Zentralisation zwingend!!!**
2. „Die Kommune“ ist nicht das primäre Ziel, dass auf grundlegende Veränderungen der Produktionsverhältnisse abzielt, sondern auf Veränderungen der politischen Verhältnisse, des Staates. Das schließt eben durchaus noch „Vertretungsorgane“ ein, deren Befugnisse nur neu zu definieren sind (wie die verbliebenen zentralen Funktionen auch ... auf der Basis der heute heute durch Technologie geschaffenen Möglichkeiten).

Ein solcher „Zentralismus“ und eine eine solche „Vertretung“ sind für mich also interpretationsfähiger Teil des Bochumer Programms. Eine Interpretation, die jeden Zentralismus ablehnt, sollte möglichst klar ausgeschlossen werden, durch entsprechende Formulierungen im Programm.

Das Bochumer Programm, die „Mitleidsdemo“ und „abstrakter Demokratismus“

Ich habe das Bochumer Programm nicht wegen einer damit verbundenen Utopie mit entwickelt und unterstützt. Aus meiner Sicht war es immer ein „revolutionäres Minimalprogramm“, das sich als Grundlage für gemeinsame Praxis – über bestimmte Grenzen von Richtungen hinweg – anbietet. Für mich sollte das ein Dokument sein, das zu einem Meilenstein für die Überwindung des Sektierertums wird (daher noch einmal diese „Richtungsentscheidung“ und dieses große Engagement); sowohl des Sektierertums in Gestalt von Utopismus, als auch des Sektierertums in Gestalt der politischen Einmischungen in gesellschaftliche Konflikte und Auseinandersetzungen. Fast alles, was ich in langen Jahren innerhalb der radikalen Linken getan und geschrieben habe, war von dem leidenschaftlichen Bemühen bestimmt, einen Beitrag zur Überwindung des Sektierertums, dieser Seuche des modernen Linksradikalismus, zu leisten. Ich selbst war und bin nicht frei von solchen Fehlern und betrachte daher jede Kritik, die diesbezüglich an mir geäußert wird, als ausgesprochen hilfreich. Völlig taube Ohren bekomme ich dagegen, wenn man mir vorschlägt, Sektierertum zu akzeptieren, weil man in theoretischen Fragen viele wichtige Gemeinsamkeiten habe. Es mag immerhin eine Schwäche sein, aber ich kann das nicht.

Und damit wäre ich beim Eklat im „Marxforum“ aus Anlass der unterschiedlichen Bewertungen der Frankfurter „Mitleidsdemo“.

Um deutlich zu machen, warum das bei mir eine Grundsatzfrage ist, zitiere ich Wal Buchenbergs kritische Anmerkungen zu diesem „Tagesereignis“ noch einmal komplett und werde das etwas näher betrachten. (Bis jetzt hatte ich ja nur gegen den „denunzierenden Begriff“ der „Mitleidsdemo“ polemisiert.)

*„Und in Deutschland? Da fühlt sich die Linke vor allem als Opfer und appelliert an das Mitleid der Menschen. Die Occupy-Tage in Frankfurt waren – sorry für die harten Worte – eine **aufgeblasene Selbstdarstellung** der deutschen Linke. **Die große Mehrzahl der Lohnabhängigen wurde von Occupy nicht angesprochen und sollte nicht angesprochen werden.** Der Occupy-Bewegung geht es „ums Ganze“. Statt für einfache und naheliegende Forderungen zu streiten ([Weg mit HartzIV. Mindestlohn 10 Euro](#), gegen Kernkraft und Fracking etc.), wurde in Frankfurt **ein abstrakter Antikapitalismus** mit europaweitem Gestus zur Schau getragen. Vielleicht gut fürs linke Ego, aber ohne Nutzen für die sozialen Bewegungen. Ein so **selbstverliebt**es **Spektakel** macht es der Staatsmacht leicht, zu intervenieren und den Protest an die Wand zu drücken.*

*Zum Vergleich: Die Bewegung in der Türkei entzündete sich an einem **ganz greifbaren Konflikt**: Dem Erhalt eines Stadtparks. Die Occupy-Bewegung in Deutschland **entzündete allenfalls Mitleid**. Dieser abstrakte Antikapitalismus ist um so schlimmer, als die Menschen in dieser Bewegung was tun und erreichen wollen und unsere Verhältnisse nach Veränderung rufen. Die [Mitleidsdemo von Samstag](#) mag ein Erfolg gewesen sein. **Ein Schritt in die richtige Richtung war sie noch nicht.**“*

meint Wal

<http://marx-forum.de/Forum/index.php?page=Thread&threadID=130>

Im Disput mach ich es gern, wie die praktischen KämpferInnen der ersten Reihe bei manchen Demonstrationen: Sie nehmen nach Möglichkeit die gegen die Demonstranten abgefeuerten Gasgranaten auf und werfen sie zurück, gegen jene, die sie abfeuerten. So könnte ich in diesem Fall jeden Satz und jede Formulierung nehmen und sie „zurückwerfen“. Ich belasse es bei einigen Anmerkungen. Sofern es dabei polemisch wird, liegt die Ursache dieser Polemik genau in dieser Absicht, die „Gasgranate“ zurück zu werfen.

Wer die Kritik von Wal Buchenberg mittragen will, muss zunächst folgende stillschweigende Unterstellungen akzeptieren:

1. eine Mehrheit der Lohnabhängigen hätte bei Blockupy angesprochen werden können, wenn man sich auf „Weg mit Hartz IV, 10 Euro Mindestlohn“ konzentriert und beschränkt hätte.
2. Der Staatsmacht wäre es nicht so leicht gefallen zu intervenieren, wenn solche Forderungen im Mittelpunkt gestanden hätten

Ich habe an verschiedenen Demonstrationen teilgenommen, die sich hauptsächlich gegen Hartz IV wandten und in denen eine Mindestlohn von 10 Euro gefordert wurde. Praktisch wurde die große Mehrheit der Lohnabhängigen davon nicht angesprochen. Es war im wesentlichen das gleich politische Spektrum, das auf die Straße ging, wie bei Occupy/Blockupy. Hätte es der Staat für nötig gehalten, gegen eine dieser Demos so vorzugehen, wie gegen Blockupy, dann wäre ihm das nicht schwerer gefallen.

Offenbar hält Wal die Auswirkungen der letzten Weltwirtschaftskrise (die ich hier nicht im einzelnen aufzählen will), nicht für einen „*ganz greifbaren Konflikt*“, an dem sich Occupy und Blockupy entzündet haben. Woran sich Occupy entzündete beantwortet er gar nicht. Sondern antwortet damit, was Blockupy selbst dann entzündet habe: nämlich „*allenfalls Mitleid*“. Das unterscheidet sich inhaltlich in nichts von dem, was ich in meinem kurzen Bericht angesprochen habe. (Flugblatt „der Gesellschaft für orthodoxe Dogmatik“, nomen est omen!)

Was ist „die richtige Richtung“? Was ist Maßstab dafür, ob die eingeschlagen wird? Offenbar zählt die im Bochumer Programm aufgestellte Forderung nach Freiheit der Meinung, der Organisation und Versammlung nicht dazu! Offenbar reicht es nicht, wenn eine einzelne Demonstration den „*ganz greifbaren Konflikt*“ mit staatlicher Repression zum Anlass nimmt, um für Versammlungsfreiheit zu streiten. Von der Repression war ja nicht unmittelbar die Mehrheit der Lohnabhängigen betroffen, sondern nur „*ein selbstverliebtes Spektakel*“ linker Gruppen. Dann braucht man sich auch nicht einreihen in die Reihe der Kritiker der staatlichen Repression, sondern kann sich einreihen in die Reihen der Kritiker des Widerstandes dagegen. Auch das ist für mich eine prinzipielle Frage. **Wenn es nicht gelingt, in solchen Fragen, die Differenzen hinter den Gemeinsamkeiten zurücktreten zu lassen, dann ist jede Aussicht auf breitere Verständigung und Zusammenschluss gegen Staat und Kapital torpediert. Aus meiner Sicht widerspricht Wal Buchenbergs Kommentar komplett den Absichten des Bochumer Programms!** Wenn man dann meint, ich solle meine Differenzen zu einer so grundfalschen Stellungnahme zurückstellen hinter die Gemeinsamkeiten, die wir doch im Marxforum haben, dann muss ich dazu folgendes unmissverständlich sagen:

Meine Mitarbeit am Bochumer Programm und im Marxforum galt gerade der Kritik eines solchen Sektierertums **in Theorie und Praxis**. Wenn ich feststelle, dass es hier selbst ein Zuhause hat und fast niemand der registrierten Teilnehmer sich über Wals Stellungnahme empört, ich vielmehr damit fast alleine stehe, dann hatten wir ein grundsätzliches Missverständnis, dass ich hiermit aus meiner Sicht kläre. (Die registrierten TeilnehmerInnen des Forums mögen immerhin zu allen möglichen theoretischen Streitfragen – etwa nach der Berechnung der Mehrwertrate etc. – schweigen. Wenn sie auch zu solchen Sachen schweigen, dann war ich hier im falschen Film! Dann ist aus meiner Sicht das Marxforum eine „*aufgeblasene Selbstdarstellung*“, *sorry für die harten Worte*“. Dann müssen und werden sich unsere Wege scheiden. Ich mache keine Theorie um der Theorie willen, sondern um Kritik an Kapital und Staat zu fördern und **praktische Verständigung und praktischen Zusammenschluss zu ermöglichen. Vonwegen „Wo und wie sich Leute zusammenschließen“!**) Die Feststellung eines „*abstrakten Antikapitalismus*“ darf grundsätzlich keine Rechtfertigung sein, um eine Demonstration, die sich als Reaktion auf den „*ganz greifbaren Konflikt*“ mit staatlicher Repression formiert, in dieser Art zu „*kritisieren*“. Wenn das möglich ist auf Basis des Bochumer Programms, dann ist dieses Programm „*abstrakter Demokratismus*“ in einer Form, die ich in ihren praktischen Konsequenzen schlimmer finde, als den „*abstrakten Antikapitalismus*“! Meiner Meinung nach ist sich Wal Buchenberg der Tragweite seines Kommentars leider überhaupt nicht bewusst. Meine heftige Reaktion ist jedenfalls bei ihm auf „*taube Ohren*“ gestoßen. Jeder Hinweis darauf, dass er nach Möglichkeit ja selbst teilgenommen hätte, schafft die Tatsache dieser öffentlichen Stellungnahme und ihres Inhaltes nicht aus der Welt. Der „*Frankfurter Kessel*“, die teils brutalen Übergriffe durch die Polizei waren Wal Buchenberg kaum eine Zeile wert. Offenbar gilt die Forderung im Bochumer Programm nach Freiheit der Meinung, der Organisation, der Versammlung nur dann als Richtschnur für unsere Einmischung, wenn auf einer Demonstration (Versammlung) die richtigen Reden gehalten werden. Werden die falschen Reden gehalten etc., dann sind die Übergriffe der Polizei kaum eine Zeile wert, umso mehr

geben aber die falschen Reden Anlass zur Kritik. Kampf um Demokratie geht so nicht und sei es auch nur ein Kampf mit beschränkten Zielen der Verteidigung eines beschränkt zugestandenen Rechts.

Hier wurde kein **einzelnes „Tagesereignis“** kritisch kommentiert, sondern eine Position formuliert, von der aus **jedes solcher „Tagesereignisse“** (es gab schon einige davon und es wird künftig noch mehr geben) einer solchen Beurteilung unterzogen werden kann.

Mein euphorischer Bericht über die Frankfurter „Mitleidsdemo“ und Wals Kommentar konnten aus meiner Sicht unmöglich so nebeneinander stehen bleiben. Was er geschrieben hatte, war keine kritische Ergänzung, sondern das mich zutiefst provozierende Gegenteil.

Aus meiner Sicht passierten jetzt 2 Sachen gleichzeitig im Forum:

Während man sich einerseits freundlich aufgeschlossen zeigte gegenüber utopisch kommunistischen Vorstellungen, zeigte sich Wal Buchenberg ganz und gar unversöhnlich gegen „abstrakten Antikapitalismus“; so unversöhnlich, dass er eine demokratische Solidaritätsdemonstration, die aus konkretem Anlass für Versammlungsfreiheit und gegen staatliche Repression erfolgreich organisiert wurde, in einer Art und Weise abfertigte, dass es mir fast die Sprache verschlug. Damit waren für mich in 2 grundlegenden Fragen der Praxis unsere Gemeinsamkeiten ebenso grundlegend in Frage gestellt. Diese Punkte sind für mich zugleich in theoretischer Hinsicht gravierend, weil sie grundlegenden Fragen des Verständnisses marxistischer Theorie betreffen.

Das sind aus meiner Sicht die Gründe für die Eskalation und mein „Ausflippen.“

Bei mir eskaliert ist die Sache eben wegen des Zusammentreffens dieser beiden Aspekte praktischer Politik und praktischer Perspektiven in Sachen Kommune. Mein Einstieg ins Marxforum und in das Team der Moderatoren und Administratoren kam zustande wegen der gemeinsamen Arbeit am Bochumer Programm, das wir im Streit mit NAO auch gemeinsam verteidigten. Jetzt sind sehr grundsätzliche Differenzen aufgebrochen, die mir eine weitere Mitarbeit im Team nicht möglich machen. Die Initiative „Bochumer Programm“ ist genau so tot wie die Initiative „Neue antikapitalistische Organisation“, die den Anlass gab zu diesem Programmvorschlag.

Abschließend:

Das Bochumer Programm ist aus meiner Sicht eine „revolutionäres Minimalprogramm“. Das habe ich immer wieder betont und hervorgehoben und mich gegen jede darüberhinaus gehende Festlegung und Interpretation im Sinne einer kommunistischen Utopie gewehrt, auch in Richtung „Bochumer Kommune“. Die Formulierungen, die sozusagen über den Kapitalismus hinausweisen – über staatliche Ordnung und Eigentumsverhältnisse – sind aus gutem Grund sehr allgemein gehalten (Kommunalisierung und Demokratisierung, Selbstverwaltung der Unternehmen durch die Werktätigen). Darin besteht auch hier der „abstrakte Antikapitalismus“. Im Grad der Abstraktion unterscheidet sich das nicht wesentlich von anderen Antikapitalismen, wohl aber in der Richtung, die sich darin ausdrückt, nämlich einer Richtung, die sich gegenüber staatssozialistischen Vorstellungen - in welcher Form auch immer - unversöhnlich abhebt. Das ist ein prinzipieller Unterschied, für mich zumindest.

Soweit das Bochumer Programm konkret wird, handelt es sich um Teilforderungen, die auf bestimmte kapitalistische Zustände eine Antwort im Interesse der LohnarbeiterInnen, Orientierung in aktuellen Auseinandersetzungen mit Staat und Kapital, geben sollen und den Zusammenschluss, die Verständigung unter LohnarbeiterInnen auf dem Boden der gegebenen Ordnung ermöglichen sollen. Die konkreten Formulierungen weisen Besonderheiten auf, die uns von anderen unterscheiden. Das sind zwar hier und da durchaus wichtige Besonderheiten, denen bestimmte theoretische Überlegungen zu Grunde liegen. Ich würde aber selbstverständlich in einer Organisation

mitarbeiten, die ein solches Programm hätte, aber etwa Arbeitszeitverkürzung nur mit den Zusätzen Lohnausgleich und Personalausgleich fordert, auch wenn ich das nicht für richtig halte. Damit ist für mich das Kapitel Bochumer Programm und unterstützende Mitarbeit im Forum fürs erste erledigt. Das Programm hat nicht die Wirkung entfaltet, die ich mir davon versprach, es wurde nicht Grundlage für Zusammenschluss und eine gemeinsame politische Praxis einer auch nur nennenswerten Zahl von Leuten, sondern bleibt nur weiter eine Gegenstand sehr unterschiedlicher theoretischer Interpretation. Die grundsätzlichen Unterschiede dieser Interpretation sind jetzt unter den wenigen Unterzeichnern aufgebrochen. Diese Unterschiede sind so groß, dass für mich eine gemeinsame „Praxis“ nicht möglich ist.

Selbstverständlich kann ich mich auch hier in allen wichtigen Punkten irren, liegt womöglich das Sektierertum ganz auf meiner Seite, aber das sind die Gründe für meinen Rückzug aus dem Team zur Moderation und Administration des Marxforums, zu denen ich stehe.

Robert Schlosser
Juni 2013